



# Bürgergesellschaft und Privatisierung – Was brauchen wir dann noch Behörden für ländliche Entwicklung?\*

**O. Univ.-Prof. Dr.-Ing. Holger Magel,  
TU München, Präsident der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum**

## 1 Wer hat die Deutungshoheit über den ländlichen Raum? Wer spielt mit?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weiß ja nicht, ob Sie nach diesen drei Tagen das Wort Integrierte Ländliche Entwicklung (ILE) überhaupt noch hören können; wenn ja, dann ist Ihnen sicherlich klar (geworden), um was es da nun geht. Dies ist außerhalb Ihrer/unserer Reihen offenbar nicht so klar. Bei der kürzlichen Sonderkonferenz der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum in Theuern/Oberpfalz mit der Metropolregion Nürnberg (MPR), zu der ja bekanntlich klassische Dienstgebiete der Ämter Bamberg, Ansbach und Regensburg wie die ländlich geprägten Landkreise Bayreuth, Bamberg, Forchheim, Amberg-Sulzbach, Neumarkt/Opf., Ansbach und weitere gehören, hat nämlich der Hauptgeschäftsführer der IHK von Nürnberg-Mittelfranken gemeint, dass er doch ländliche Entwicklung betreibe. Die Ämter für Ländliche Entwicklung hatte er nicht im Focus. Bloßes Versehen oder symptomatisch für die Verwirrung um den schillernden Begriff ILE und die Aufgabe der Ämter für Ländliche Entwicklung? Werden letztere nicht mehr wahrgenommen in den wirtschaftlichen Machtzentren und politisch gewollten Zukunftsräumen?

Da passt dann gut dazu, was ich einem Aufsatz über die Perspektiven ländlicher Räume in Zeiten der Konjunktur von Metropolregionen (MPR) bzw. Stadtregionen entnommen habe. Darin ist nämlich unverhohlen davon die Rede, dass die im Wesentlichen auf die traditionellen Bedürfnisse der Land- und Forstwirtschaft ausgerichteten ländlichen Behörden in der Regel überfordert sind, kreativ und konstruktiv die komplexen Folgen der Globalisierung für ländliche Räume zukunftsorientiert zu bewältigen. Ja, es kommt sogar noch deftiger, als später gar die Rede davon ist, dass es den Verwaltungen und der Politik schwer fällt, die Widersprüche zwischen einer an MPR und Stadtregionen ausgerichteten Raumentwicklungspolitik und einer Politik aufzulösen, die ihre Werte und Kriterien aus dem „Milieu landwirtschaftsbezogener Entscheidungssträger“ zieht.

Wer das nicht nachvollziehen kann oder mag, der sei nur an das kürzliche, anlässlich der LEP-Fortschreibung aufgeflamte und nur mühsam zugedeckte heftige Schar-

mützel zwischen Bayerischem Städtetag und Bayerischem Gemeindetag und vor allem auf die tiefen Differenzen über Begriff, Deutungshoheit, Stellenwert und Machtanspruch bezüglich ländlicher Räume erinnert. Angesichts des vom Bayerischen Wirtschaftsministerium für den 13. Juli 2006 angesetzten Kongresses „Bayerns ländlicher Raum – Herausforderungen und Perspektiven“ bin ich mir z. B. nicht mehr im Klaren, wer in Bayern die Federführung hat!

Warum erwähne ich das? Weil es längst um das große Ganze geht, nämlich um die Philosophie, die hinter Ihrer/unserer Arbeit steht bzw. ihr zugrunde liegt, um das Leitziel der gleichwertigen Lebensbedingungen im ganzen Lande, also auch in (peripheren) ländlichen Räumen, die von K. BRILL (2006) als die „missachtete Hälfte der Republik“ bezeichnet wurde. Und wo sich diese Lebensbedingungen aufgrund allgemein bekannter Gefährdungen und vielfach bereits nicht mehr aufzuhaltender Entwicklungen nicht Kraft eigener Anstrengungen bzw. Kraft gegebener Standortpotenziale herstellen lassen, geht es letztlich um die Wurst: Sind Staat und Gesellschaft (noch) bereit, hier zu helfen z. B. in Form von Finanzhilfen und Bereitstellung von genügend Institutionen und Manpower? Oder huldigt man allein der sog. Leuchtturmphilosophie, die Starken noch mehr zu stärken und darauf zu setzen, dass vom sog. „Spill-over“ genügend viel für die ländlichen Räume abfällt? Das wäre dann kein selbstaktiver ländlicher Raum mehr, sondern ein abhängiger! Zu diesem Thema höre und lese ich keine eindeutigen politischen Antworten.

Zugegeben, das ist nun recht grob gepinselt, und die komplexe Gemengelage erforderte feinere Betrachtungen, aber ich wollte Ihnen gleich zu Beginn meiner Ausführungen eines sehr deutlich sagen: Bevor wir uns über Einzel- und Feinheiten des Vollzugs von überdies wechselnden Förderrichtlinien zur ILE oder Dorferneuerung, die im SZ-Bericht über Deutschlands schrumpfende Dörfer (BRILL a.a.o.) leider mit keinem Wort als mögliche Rezeptur erwähnt wird, etc. unterhalten, müssen wir wissen, vor welchem Kontext wir eigentlich arbeiten. Wem dient denn unsere Arbeit? Hier stellen sich für mich zwei wesentliche Fragen:

Es geht nicht nur darum,

1. dass „die Anderen“ wissen, was wir tun, sondern es geht darum,
2. dass wir selbst wissen, was wir und für wen wir dies tun (wollen).

\* Vortrag am 31. Mai 2006 in Passau bei der Fachtagung der Bayerischen Verwaltung für Ländliche Entwicklung



## 2 Der ländliche Raum hat Hochkonjunktur wie seit Jahren nicht mehr

Eines ist klar: Nach Jahren des Wohlbehagens und des sich in guten Zahlen sonnens ist auch in manchen Teilen Bayerns die Welt der ländlichen Räume inklusive der darin liegenden Städte und Märkte nicht mehr in Ordnung – und es ist zu befürchten, dass künftig noch viel mehr Landesteile von dieser Entwicklung betroffen werden. Die Menetekel an der Wand mehren sich.

Die Politik ist inzwischen höchst alarmiert – sie veranstaltet Konferenzen und Workshops, um sich Anregungen für neue Strategien zu holen, wissend, dass uns all dies in einer Zeit trifft, in der die Handlungsmöglichkeiten des Staates und der Kommunen, aber auch der Bürger geringer geworden sind. Appelle wie „Gürtel enger schnallen“, „mehr Selbstverantwortung übernehmen“, „mehr Privatisierung wagen“ etc. sind die Folge. Es ist abzuwarten, ob die „solidarische Leistungsgesellschaft“ á la Alois Glück die Unterstützung durch die Deutschen findet. Innerhalb der Berliner Koalition treten bezüglich Glauben an die staatliche Rolle und Leistungskraft, spätestens seitdem es einen neuen SPD-Vorsitzenden gibt, deutliche Auffassungsunterschiede zu Tage (MAGEL, 2006).

So oder so, und das ist die **erste gute Botschaft** an Sie, gilt: Der ländliche Raum – egal, wie er nun differenziert wird, und ob er innerhalb der Stadtregionen, in Zwischen- oder in peripheren Räumen liegt – hat Hochkonjunktur. Die Nachfrage nach Handeln ist riesengroß.

Eigentlich müsste das – zumindest in der freien Marktwirtschaft – zu einem Auftragsboom führen, zu einem Auftragsboom also auch für die Verwaltung, die dem Namen nach Verantwortung für den ländlichen Raum hat, nämlich für die Verwaltung für Ländliche Entwicklung (VLE). Wenn aber die zahlreich eintreffenden Aufträge nicht mehr zeitgerecht erledigt werden können, wird zumindest in der freien Wirtschaft entweder vom Personal noch mehr gefordert oder es wird verstärkt oder man sucht die Verstärkung durch Kooperation mit anderen Unternehmen. Wir sind aber leider beim Staat: Die VLE ist in Schüben schlank reformiert worden und muss zu allem Überduss noch weiterhin Personal stark abbauen. Wenn darüber hinaus aus guten Gründen eine enge Kooperation mit, d. h. eine Auftragsübernahme durch andere Verwaltungen nicht in Frage kommen kann, bleibt nur die sog. Privatisierung, d. h. die Vergabe der Leistungserledigung an Private. Dazu muss aber Geld da sein bzw. freigesetzt werden; an der TUM gibt es die Möglichkeit der Kapitalisierung der Personalstellen. Warum sollte dies nicht auch bei der VLE möglich sein? Natürlich zu Lasten weiterer einzusparger Stellen bzw. verzögerter Stellenbesetzungen.

Das wäre nämlich dann die **zweite gute Botschaft**, diesmal für den Nachwuchs, der ja zzt. nicht bzw. kaum in die Verwaltung aufgenommen werden kann. Es könnten Aufträge und Jobs im freien Markt generiert werden. Und Sie würden den bestens ausgebildeten Nachwuchs nicht für Ihr Geschäft und Ihre Zukunft verlieren. Privatisierung liegt somit im ureigensten Interesse der Verwaltung. Sie

braucht dringend mehr Partner und eigene Kollegen im freien Beruf.

Es kommt noch ein entscheidender Grund dazu: Wenn die Verwaltung Aufträge, aus welchen guten Begründungen auch immer, nicht mehr erfüllen kann – und das in der heutigen Zeit der Not und Hochkonjunktur um den ländlichen Raum – dann wird sie letztlich aus Wettbewerbsgründen verschwinden! Verschwinden mangels Handlungsfähigkeit!

Richten Sie deshalb bitte mehr als bisher Ihren Focus auch auf den privaten Sektor und ändern Sie notfalls die Gesetze, bevor alles den Bach hinunter geht. Staatliche Monopole sind in der heutigen Zeit und noch mehr in Zukunft ohnehin nur noch schwer zu halten.

Ich bin bei den Aufträgen und damit bei der eingangs geäußerten Kritik des o. g. Autors, der von den auf die traditionellen Bedürfnisse der Land- und Forstwirtschaft ausgerichteten Behörden für Ländliche Entwicklung sprach.

Es ist im Jahre 2006, also 30 Jahre nach dem epochalen Flurbereinigungsgesetz mit Einführung der neuen Philosophie der Förderung der Landentwicklung, 25 Jahre nach Einführung des Bayerischen Dorferneuerungsprogramms, 10 Jahre nach dem Reformbeschluss der Bayerischen Staatsregierung mit einem stolzen ganzheitlichen Auftrag an die Verwaltung sowie 7 Jahre nach Einführung der 2. Säule der GAP, eigentlich müßig, zum x-ten Male herauszustellen, dass es entsprechend den veränderten Bedingungen und Strukturen im ländlichen Raum heute und künftig verstärkt um mehr geht als um Land- und Forstwirtschaft, dass es also kein Verrat an Land- und Forstwirtschaft und kein Missachten entsprechender Gesetze und Fördergrundsätze wie immer sie heißen mögen ist, wenn man sich um die gesamte Lebenswirklichkeit im ländlichen Raum sorgt und sorgen muss und hierzu entsprechende Beiträge leistet. Wie sonst denn hätte das ausgreifende Wort von der Integrierten ländlichen Entwicklung überhaupt seine Berechtigung? Aber Hand aufs Herz: Werden wir denn diesem hohen Anspruch überhaupt gerecht? CSU Fraktionschef JOACHIM HERRMANN glaubt dies ja noch, sonst hätte er nicht bei der Mitgliederversammlung der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum in einem eher beiläufig hingeworfenen Nebensatz gesagt: „In der CSU-Fraktion gibt es immer wieder Diskussionen über die Notwendigkeit der Direktionen für Ländliche Entwicklung, die ja nun Ämter für Ländliche Entwicklung heißen.“ Wörtlich: „Es wird ihnen vorgeworfen, dass sie ja immer nur Flurneuerung für immer weniger Landwirte machten.“ Der Fraktionschef zu dieser Kritik: „Wir halten an den Ämtern für Ländliche Entwicklung deshalb fest, weil sie **die gesamten Strukturen des ländlichen Raumes verbessern** helfen sollen.“

Soweit die politische Hoffnung – bei meinen 8. Münchner Tagen der Bodenordnung und Landentwicklung habe ich aus dem Munde mancher prominenter Kollegen dagegen ein Zurückrudern zur land- und forstwirtschaftlichen Aufgabe verspürt. Ich kann diesen Trend zurück nicht nachvollziehen – er führt m. E. nicht in eine gesicherte Zukunft.

### 3 Kommunen sind die wichtigsten Partner der Flurbereinigungsbehörden

Es geht nicht um das Aufgeben des Einsatzes für Land- und Forstwirtschaft! Ich bin da oft falsch oder missverstanden worden, und deshalb sage ich es noch einmal sehr klar: Die Flurbereinigungsverwaltung hat einen einmaligen Vorteil. Sie hat nicht nur die Planung und Realisierung verschiedenster Aufgaben in einer Hand, sondern sie hat vor allem auch Zugang zur Mobilisierung und Ordnung von Grund und Boden im Interesse der Eigentümer und der immer größeren Vielfalt von Nutzern. Wir nennen das Bodenordnung und Landentwicklung. Im Laufe der Zeit haben sich Wirtschafts-, Sozial- und Nutzungs- (am wenigsten noch Eigentums-) Strukturen im ländlichen Raum massiv geändert – die Flurbereinigungsbehörden mussten und müssen sich entscheiden, ob sie zur Restgröße schrumpfen oder sich den veränderten Strukturen und Herausforderungen anpassen wollen. Als Ergebnis segmentierter Denk- und Förderpraktiken im ländlichen Raum wird vielfach nebenher agiert und gefördert. Die kürzlichen Reformen haben hier leider keine Abhilfen gebracht. Im Gegenteil: Es wurden Schutzzäune errichtet und Trennungen eher zementiert. Deshalb sage ich ganz klar: Der Ort, wo sinnvollerweise das meiste zusammenlaufen sollte, ist die Gemeinde! Sie ist die Instanz, die qua Verfassung für ihren Lebenskreis und ihre Bürger und Wirtschaftenden, somit auch Landwirte, verantwortlich ist, verantwortlich ist auch für die (überwiegend noch landwirtschaftlich betriebene) Landnutzung, für Infrastruktur, Siedlungsplanung, Landschafts- und Forstplanung etc.

Es ist doch somit ganz natürlich und konsequent, dass die Kommunen **die** Hauptpartner der Flurbereinigungsbehörden sein müssen und Sie diese Kommunen, wie mehrfach geschehen, an ihre Verantwortung für die heimische Land- und Forstwirtschaft erinnern und mithelfen, bestehende Ressentiments auszuräumen und vielfach bestehende Konflikte planerisch und bodenordnerisch zu lösen. Spät aber doch ist diese unsere bayerische Haltung nun über die ILE-Grundsätze offiziell sanktioniert worden.

Worauf wollen Sie, liebe KollegInnen, denn noch warten? Wie oft soll der Präsident des Bayerischen Gemeindetags, UWE BRANDL, noch darum bitten, dass die Ämter für Ländliche Entwicklung **zum Premium-Partner der Gemeinden** und zu Agenturen im ländlichen Raum werden, um den ländlichen Gemeinden zu helfen, wenn es z. B. darum geht

- die (land- und forstwirtschaftliche) Landnutzung zu sichern und neu zu ordnen,
- Innen- und Außenentwicklung der Dörfer nachhaltig zu gestalten,
- die Infrastrukturen entsprechend den neuen Rahmenbedingungen zu verbessern bzw. anzupassen,
- Landnutzungs- und Eigentumskonflikte zu lösen,
- beim Natur- und Wasserressourcen- sowie Baulandmanagement mitzuhelfen;

vor allem auch zur Verfügung zu stehen – so BRANDL – als neutraler Berater, der glaubwürdiger als andere z. B. zwischen Interessen der Landwirtschaft und den zunehmen-

den Landansprüchen der Wirtschaft oder der öffentlichen Hand vermitteln und planerisch-bodenordnerische Lösungen anbieten kann (Lehrstuhl für Bodenordnung und Landentwicklung, a.a.o.).

Ich will hier heute nicht über meinen Ehrenjob als FIG-Präsident reden, aber eines kann ich Ihnen ganz klar sagen: Deutschland und Bayern (und wenn die Föderalismusreform gesetzliche Wirklichkeit wird, dann letzteres sogar verstärkt) haben weltweit gesehen ein großartiges Instrumentarium des Bodenrechts und der Bodenordnung, das im Falle des Flurbereinigungsrechts noch um den wunderbaren Aspekt und Auftrag der **gestaltenden Landentwicklung** verstärkt wurde. Hinzu kam ja dann noch das zunächst eher informelle Instrumentarium der EU-Förderungen, das inzwischen in Form gegossen die Verordnung 1257/99 heißt und künftig ELER sowie die umgewandelten GAK-Fördergrundsätze mit Einführung der ILE.

**Wenn es also Zeiten wie diese gibt, wo Geld knapp geworden ist, dann sollten Gemeinden und ALE dies mit einer Verlagerung auf strategische, planerische, konfliktlösende und bodenordnerische Tätigkeiten beantworten, die nicht so geldintensiv sind. Das Klagen über fehlendes Geld und Personal ist dagegen für Dritte ziemlich langweilig und zunehmend erfolglos.** Das schlägt letztlich psychologisch und motivationsmäßig auf den Anklagenden selbst zurück.

Es ist m. E. völlig falsch, die Bedeutung einer Verwaltung oder einer Disziplin nur danach zu bemessen, wie viel Fördermittel (und auch Personal) ihr zur Verfügung steht. Das ist altes Macho-Denken! Ich kenne das auch noch aus meiner früheren Ministerialzeit. Hier muss umgedacht werden und zwar sowohl bei den Gemeinden und Bürgermeistern wie auch bei der Verwaltung. Die Hoffnung auf mehr Geld ist zzt. ziemlich aussichtslos. Dies haben mir die Äußerungen der bayerischen Spitzenpolitiker bei einem HSS-Workshop am 29.05.2006 sehr klar gezeigt. Wir sollten uns eher an GÜNTHER HUMER halten, der heute früh zu Ihnen gesprochen hat: Statt wie bisher „Entwicklung mit viel Geld und wenig Mensch“ zu betreiben, wird es künftig darum gehen, „Entwicklung mit viel Mensch und dem Geld, das noch verfügbar ist“ zu ermöglichen. Ich höre Sie schon innerlich aufseufzen: „Mit viel Mensch, bei so vielen gekappten Personalstellen?!“ Viel Mensch heißt schlicht und einfach: viel Bürger, viel Bürgerengagement, viel Bürgergesellschaft! Gerade hier waren und sind wir doch im Zuge der Dorferneuerung besonders stark und anerkannt. Dieses Potenzial bei Bürgern und bei und in uns gilt es wieder bzw. verstärkt zu beleben und – durchaus auch als Entlastung zu nutzen! Und vielleicht gelingt es uns/Ihnen sogar, intellektuell den Freiheitsbegriff – so wie es gerade Frau Prof. HABERER durchaus ANGELA MERKEL folgend getan hat – um den Komplementärbegriff Verantwortung(sübernahme) aufzufüllen.

Und noch ein Gedanke: Kleinere Einheiten sind vielfach flexibler und überlebensfähiger als große.

Bei weniger Geld gibt es noch viele andere Beiträge zu leisten, z. B. die Beratung. Zeitweise war sie ein Unwort in heftigen Huber'schen Reformzeiten, nun wird sie aus meiner Sicht zu einem Schlüsselbegriff und zu einer Zu-



kunfts Aufgabe dieser Verwaltung! Auch der oberste bayrische „Wasserwirtschaftschef“ MARTIN GRAMBOW – und das entnehme ich als zweiter Doktorvater seiner Dissertation – sieht Beratung als vorrangige Pflicht an.

#### 4 Was zu tun wäre...

Lassen Sie mich diese und viele weitere mangels Zeit heute ungesagten Gedanken in einigen Schlüsselaussagen und Forderungen zusammenfassen:

1. Als Führungskräfte dieser Verwaltung sollten Sie aufmerksam die Politik und die Diskussionen um die Entwicklung der ländlichen Räume verfolgen. Von der Ausrichtung dieser Politik hängt Ihr und Ihrer Mitarbeiter Job ab! Lesen Sie, lernen Sie, verstehen Sie und – für einige von Ihnen – schreiben Sie (wieder), bestimmen Sie vor allem die Fachdiskussionen und Fachliteratur mit, auf die ja im konkreten Fall zurückgegriffen wird. Lernen Sie, größere Zusammenhänge zu verstehen und in diesem Kontext Ihre Arbeit einzuordnen und darzustellen.
2. Sprechen Sie bzw. versuchen Sie es, die einfachere, vor allem die konturiertere Sprache der Politik und Öffentlichkeit zu sprechen, ansonsten werden Sie weder verstanden, noch wird Ihnen weiter zugehört. Verdeutlichen Sie, um was es in Ihrem wunderbaren und so wichtigen Job wirklich geht, nämlich um
  - a) **Lebensqualität im ländlichen Raum sichern** und zwar in ökonomischer, ökologischer, ästhetischer und sozialer Hinsicht, durchaus unter Anerkennung der notwendigen neuen Bescheidenheiten (siehe Miegel'sche Forderungen nach Begrenzung, Konsolidierung und Rückführung (MIEGEL a.a.o.)).
  - b) **Optionen eröffnen** für verstärkte, u. U. völlig neue Wertschöpfungen und damit neue Jobs (z. B. im Gesundheits- und Tourismus-Sektor, Energiebereich, Regionalvermarktung). Ich weiß, dass das nicht einfach ist, es bleibt ein sehr mühsamer Steinbruch. Wir schaffen das nur mit Verbündeten! Deshalb geht es auch um
  - c) **neue Verantwortungsgemeinschaften bilden** als Beitrag zur Aktiven Bürgergesellschaft zwischen Staat, Kommunen, Verwaltungen, Wirtschaft und Bürgern. Unser Paradebeispiel zur Förderung der Bürgergesellschaft und des Bürgerengagements ist hierbei – wie gerade erwähnt – die Dorferneuerung. Hinzu kommen muss verstärkt die
  - d) **Schaffung neuer Kooperationen, Netzwerke, ja vielleicht sogar ländlicher Cluster** durch interdisziplinäre und interkommunale Zusammenarbeit sowie Einbindung ländlicher Exzellenzen in Städtereigionen und Wirtschaftskreise etc. Hier ist dringend eine **Zusammenarbeit mit neuen nichtlandwirtschaftlichen, womöglich nicht mal typisch ländlichen Akteuren** wie IHK, Handwerkskammer etc. notwendig. Immerhin ist ja die Zusammenarbeit das Schlüsselwort dieser Tagung und der rote Faden des ILEK. Ich verweise auf ein Papier, das zzt. im Auftrag der DLKG und in Zusammenarbeit mit

der ArgeLandentwicklung von den Professoren KÖTTER und THIEMANN erarbeitet wird.

- e) **Privatisierung zur Stärkung der eigenen Handlungsfähigkeit** und zum Aufbau kompetenter Partner und Kollegen im freien Beruf.
3. Machen Sie somit klar, dass Ihre Arbeit eingebunden ist in die große Bundes- und Landes- und nicht nur in eine bloße Förderpolitik, verdeutlichen Sie, dass Sie nicht eine beliebig herumschiebbare Restgröße sind, die man sich quasi noch leistet aus agrarischen Gründen und die immer (selbst im eigenen Ressort) dann sofort in Frage gestellt wird, wenn es kein Geld mehr gibt. Wenn diese Überzeugungsarbeit, die aus eigener hoher Kompetenz und eigener Einsicht und nicht aufgrund vorgefertigter Papiere gespeist sein muss, nicht erfolgreich von jedem von Ihnen – und da ist das Ministerium wirklich nur ein Baustein unter vielen – geleistet wird, werden Sie immer wieder zittern müssen. Vom entsprechenden tadellosen und Werte-orientierten Auftreten und Reden in der Öffentlichkeit und gegenüber den Partnern (Stichwort: Menschenbild) gehe ich ohnehin aus.

#### 5 Welche Fragen und Forderungen für Ihr Handeln lassen sich also daraus ableiten?

1. Sie brauchen ein **neues Denken**: Ihre Arbeit im Dorf und auf dem Lande ist tatsächlich mit Globalisierung, Europäisierung, großer (Gesellschafts-)Politik und demographischen Entwicklungen etc. intensiv verbunden. Sie müssen erkennen, dass ILE und interkommunale Zusammenarbeit keine Fortführung der „alten Flurbereinigungsstiefel“ sind, sondern fachlich und geistig etwas völlig Neues. Auch die Dorferneuerung – und dem wollen wir am Lehrstuhl im Auftrag Ihrer Verwaltung nachgehen – erhält eine veränderte Aufgabenstellung.
2. Sie müssen sich fragen, ob und wieweit sie noch **innovationsfähig** sind bzw. wie sie verstärkt innovationsfähig werden, um den neuen Herausforderungen adäquat zu begegnen. Wir müssen Techniken beherrschen lernen, wie man z. B., wie SCHUMPETER es sagte, auch durch neuartige Nutzung und Zusammenstellung bereits vorhandenen Wissens und vorhandener Lösungen zu neuen innovativen Ideen und Lösungen kommt. Immer jedenfalls geht es um kreative Milieus, nicht nur draußen, sondern auch in den Verwaltungen selbst. Ich hoffe, dass die FüAK und die Schulen der Dorf- und Landentwicklung dazu wichtige Beiträge für die Mitarbeiter selbst und für deren Partner leisten können. Möglicherweise müssen dazu vorhandene Konzepte umgestaltet werden. Am besten geht das durch hierarchie-freies Spinnen und Visionen entwickeln und – durch Heranziehen von Nichtfachleuten, also scheinbaren Laien aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft etc. (siehe hierzu P. DIENEL'S revolutionäre Planungszellenmethode!)
3. Wir müssen zu völlig **neuen Partnerschaften**, z. B. mit den Akteuren aus den Stadtregionen und hierbei vor allem der Driving Forces in der Wirtschaft kommen. Dies klingt möglicherweise furchtbar abgehoben, wenn Sie

an Ihre konkreten Aufgaben z. B. eines freiwilligen Landtausches in einem kleinen Weiler denken, aber lassen Sie sich bitte davon überzeugen: Beides ist künftig erforderlich: Das Kleine tun und das Große nicht lassen bzw. zum Großen mehr als bisher beitragen, z. B. durch konsequente auf soliden Planungen, Strategien und Vernetzungen aufgebaute Bodenordnungsbeiträge beim Aufbau von „ländlichen Clustern“. Es kann und darf m. E. nicht bei den bisherigen 19 bayerischen Groß-Clustern bleiben!

4. Wir müssen im Sinne von Frau HABERERS Tugenden mutig an die Politik appellieren, dass die Reformen nur dann vollendet sind, wenn auch das verbliebene Nebeneinanderher von z. T. konkurrierenden Programmen und Verwaltungen zugunsten eines harmonischen Miteinanders und vor allem einer **Stärkung der dafür maßgeblichen Behörde** geregelt wird. Die ILE-Grundsätze und vor allem das ILEK böten hierzu den idealen Anlass. Prof. JÖRG MAIER hat in Theuern im Mai 2006 diesen Umstand gegeißelt. Er hat zwar die erfolgte Zusammenführung von LEADER und Ländlicher Entwicklung in der Abteilung E (hoffentlich auch bald in der Verwaltung für Ländliche Entwicklung) gewürdigt, aber den offensichtlich politisch unterstützten Aufbau eines Regionalmanagements bei den Landkreisen schwer in Frage gestellt. Die heutigen Planungs- und Handlungsräume folgen längst anderen Grenzen als Verwaltungs- und damit Landkreisgrenzen. So oder so: Es ist höchste Zeit, noch mehr als bisher Zusammenarbeit am selben Projekt, in derselben Region oder in denselben Gemeinden anzustreben und zu praktizieren.

Für Sie gilt es, bestens ausgebildet und virtuos mit den reichlich gegebenen Instrumenten der ILE, des FlurbG und der modernen räumlichen Planungskunst (die sie absolut beherrschen müssen) umzugehen.

5. Schließlich mündet all das aus meiner Sicht in die Suche nach einem **griffigen** und gleichwohl offenen **Begriff**, der Ihre Tätigkeit besser wiedergibt. Ländliche Entwicklung ist nur bedingt tauglich, weil vielfach missverstanden und überdies auf die reine europäische und nationale Förderlandschaft beschränkt. Über das Problem, zwischen Landesentwicklung, Landentwicklung und Ländlicher Entwicklung zu unterscheiden, könnte ich allein aus dem studentischen Alltag heraus Bücher schreiben. Beim kürzlichen Österreichischen Geodätentag in Krems wurde ich vor meinem Auftritt unter Nennung meines universitären Institutsnamens vorgestellt. Die auch dort äußerst gewandte weibliche Moderatorin (allerdings vom ORF) schnalzte mit der Zunge und sagte: „Landmanagement – was für ein schönes Wort!“

Ja, meine Damen und Herren, Landmanagement – das wäre so ein neuer, im Übrigen auch international höchst salonfähiger Begriff, mit dem wir uns an der TU München zusammen mit Prof. AUWECK und Mitarbeitern im Auftrag Ihres Ministeriums seit einiger Zeit beschäftigen und der zeitgemäß unsere fachlichen und gesellschaftspolitischen Aufgaben und Positionierung beschreiben könnte. Vor

kurzem hat die UNECE in Genf ihr Committee für Human Settlements umbenannt in Committee for Housing and Land Management. **Land Management also als die Zusammenfassung aller Tätigkeiten und Prozesse, die zu einer nachhaltigen Nutzung von Grund und Boden (und allem was darauf stattfindet und steht) und zum Einsatz der notwendigen „Quadrophonie von Beratern, Planen, Bauen und Ordnen“** (MAGEL, 2006) führt. Landmanagement schließt damit Landentwicklung ein und ist natürlich – wie schon die Landentwicklung – eine Aufgabe für alle Behörden.

Die Flurbereinigungsbehörde, auch die mit Aufgaben des Förderprogramms der Ländlichen Entwicklung beauftragten Ämter für Ländliche Entwicklung sind dabei besonders begabt für Landmanagement, denn sie haben ja **das Alleinstellungsmerkmal der geodätisch basierten Bodenordnung**. Bundeskanzlerin ANGELA MERKEL hat in ihrem Interview mit der Süddeutschen Zeitung vom 20./21.05.2006 „Wir muten den Bürgern eine ganze Menge zu“ eine wunderbare Steilvorlage für unseren effizienz- und investitionsfördernden Bodenordnungsauftrag geliefert, als sie nämlich sagte: „Der Staat muss Entwicklungsmöglichkeiten schaffen und dafür einen **Ordnungsrahmen** bieten.“ Genau um das geht es beim Landmanagement – Entwicklungsmöglichkeiten schaffen durch Beraten, Planen, Bauen und Ordnen mit den Bürgern als gleichberechtigten und mehr Verantwortung übernehmenden Partnern. Denken Sie immer daran, Fördern und Geld ausgeben können andere Verwaltungen auch. Es muss mehr dazukommen.

Neu am „Landmanagement in Verantwortung der Flurbereinigungsbehörden“ im Gegensatz zu Landentwicklung, genauer gesagt im Gegensatz zur Förderung der Landentwicklung ist, dass Landmanagement eine ständige, unter Umständen auch projektunabhängige Aufgabe im Dienste der ländlichen Gesellschaft ist. Mit anderen Worten: Landmanagement hat zu vorderst eine zeitlose und projektungebundene Beratungs-, Vernetzungs-, Koordinierungs-, Kooperations-, Aktivierungs-, anstiftende und ermöglichende Funktion. Genau das sehe ich in zeitgemäßer Übersetzung heutiger Politik als Aufgabe des Staates. „Der Staat muss ein ermöglichender und Entwicklungen begünstigender und pflegender Gärtner sein“, sagte MERKEL im eben erwähnten SZ-Interview.

Es ist keine Frage, dass ein solcher Begriff, eine solche neue mutige, dann auch vom Minister zu vertretende Philosophie, wo nötig, möglichst souverän ihre konkrete Umsetzung mittels Ihnen reichlich gegebener rechtlicher und fachlicher Instrumente und Vernetzungen sowie mittels der Förderprogramme aus Europa und Deutschland erhalten muss.

Und: Landmanagement soll und muss angesichts der Geldflaute – und genau dies gehört zu dieser neuen aktiven Beratungskomponente – mehr als bisher andere Partner und Investoren im ländlichen Raum zu abgestimmtem Mitwirken und eigenem auch finanziellem Handeln in den verschiedenen Feldern des Landmanagements aktivieren. Das wäre die erhoffte Partnerschaft im Sinne des Mottos dieser Fachtagung!!



## 6 Es geht um die Identität Bayerns

So beantworte ich schließlich die Fragestellung nach der weiteren Notwendigkeit von Flurbereinigungsbehörden im Zeichen von Bürgergesellschaft und Privatisierung sehr klar:

Wir brauchen zur Rettung (früher hieß es Stärkung) der Lebensqualität in weiten Teilen der ländlichen Räume und damit zur Rettung, sprich zum Halten dieser ländlichen Regionen mehr denn je einen Anwalt und eine Agentur, die weit denkend und – ich betone es nochmals – bestens aus- und fortgebildet im Sinne eines nachhaltigen Landmanagements unter Einschluss von immer mehr engagierten Bürgern sowie Partnern aus anderen Verwaltungen und der Privatwirtschaft bestmöglich zur Allokation der Land- und sonstigen Ressourcen und zur Mehrwert-schöpfung im ländlichen Raum beiträgt. Wir müssen ständig der Politik klar machen, was DIETER WIELAND (2006) kürzlich gesagt hat „warum nämlich ihre Vorgänger Gesetze erlassen haben: fast immer erst nach Katastrophen. Warum sie Fachbehörden aufgebaut haben: immer erst nach Katastrophen. Heute werden letztere wieder leichtfertig abgebaut und entmachtet...“ Wollen wir also wirklich eine Katastrophe um den ländlichen Raum verhindern, brauchen wir Land Management Behörden im beschriebenen Sinne!

Dabei geht es wahrlich nicht um reine Begriffslyrik, wie manche Spötter meinen, sondern letztlich um die Attraktivität, Unverwechselbarkeit und damit Identität Bayerns. Wenn **wir** selbst das begriffen haben und so weitertragen und wenn es unsere Partner sowie die Öffentlichkeit und Politik auch so verinnerlicht haben, dann habe ich keine Sorge mehr um die Zukunft unserer Verwaltung. Wir besitzen nämlich ein Fundament. Wir wissen, wer wir sind und was wir können. Wir haben deshalb keinen Grund zu Pessimismus. Benediktiner Abtprimas NOTKER WOLF (2006) gibt uns in seinem Buch „Worauf warten wir? –

Ketzerische Gedanken zu Deutschland“ entsprechend Mut: „So lange wir uns unserer eigenen Werte und unseres Fundamentes bewusst sind, brauchen wir uns nicht zu scheuen, die Fakten realistisch zur Kenntnis zu nehmen. Realismus aber schließt Visionen nicht aus. Visionen sind unentbehrlich, wenn man vor großen Herausforderungen steht“.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Visionen von Ihrer unverzichtbaren Rolle zur Entwicklung unserer unverwechselbaren bayerischen Heimat wünsche ich Ihnen. Gehen Sie weiter selbstbewusst und real-optimistisch ans Werk. Ich bin gerne weiterhin an Ihrer Seite!

### Literatur

- [1] BRILL, K., (2006): Idyllen, verödet und verfallen. SZ Nr. 124 vom 31.05.2006, S. 8
- [2] Lehrstuhl für Bodenordnung und Landentwicklung: Dokumentationen der Münchner Tage der Boden- und Landentwicklung 2000–2005. Materialiensammlung des Lehrstuhls (Hefte 24/2000, 25/2001, 27/2002, 28/2003, 32/2004 und 34/2005)
- [3] MAGEL, H., (2006): Die Zukunft der ländlichen Regionen: Chancen und Leistungsstärken Bayerns im Vergleich zu anderen Bundesländern. Zehn Thesen. Vortrag am 29.05.2006 beim HSS-Workshop in München (siehe auch Vorträge beim Kongress in Wunsiedel und in Bayreuth: [www.Landentwicklung-muenchen.de](http://www.Landentwicklung-muenchen.de))
- [4] MERKEL, A., (2006): Sparen tut weh. (Interview) SZ Nr. 114 vom 20./21.05.2006
- [5] MIEGEL, M., (2005): Epochenwende – Gewinnt der Westen die Zukunft? Propyläen-Verlag, Berlin, 2005, 312 Seiten
- [6] WIELAND, D., (2006), Landschaft und Kultur – Kultur und Landschaft Schönere Heimat, 95. Jahrg., Heft 2/2006
- [7] WOLF, N. (2006), Worauf warten wir? Ketzerische Gedanken zu Deutschland. Rowohlt München, rororo Taschenbuch 62094, 224 Seiten